

Rede von

Ministerpräsident Hendrik Wüst MdL

zur 24. Mitgliederversammlung des

Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen

am 30. April 2026

- Es gilt das gesprochene Wort -

Schön, hier zu sein. Und es freut mich, viele neue Gesichter zu sehen – neben den langjährig bekannten in dieser Runde.

Im September haben Sie sich alle zur Wahl gestellt. Und viele von Ihnen haben das zum ersten Mal getan – mit Erfolg. Deswegen erst einmal herzlichen Glückwunsch zu Ihren neuen Ämtern. Und auch allen Wiedergewählten, die heute hierhergekommen sind: ganz herzlichen Glückwunsch!

Mit Ihrem Amtsantritt als Bürgermeisterin, als Bürgermeister, als Ratsmitglied haben Sie Verantwortung übernommen. Verantwortung für Ihre Stadt, Verantwortung für Ihre Gemeinde, Verantwortung für die Menschen und auch für das Vertrauen in unser demokratisches Miteinander.

Vielen herzlichen Dank dafür, dass Sie das tun in einer herausfordernden und schwierigen Zeit. Vielen Dank für dieses Engagement, für diese Bereitschaft, sich auch in den Wind zu stellen. Eine glückliche Hand für Ihre wichtige Arbeit.

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, lieber André Kuper, Herr Professor Landscheidt, lieber Eckhard Ruthemeyer, lieber Christoph Sommer, sehr geehrte Damen und Herren Minister und Staatssekretäre, lieber Herr Ministerpräsident a.D. Peter Müller,

Präsident des Landessportbundes, lieber Stefan Klett, Damen und Herren Abgeordnete aus den Parlamenten, lieber André Berghegger, sehr geehrter Herr Landschaftsdirektor, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, verehrte Delegierte, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Sie alle haben sich auf ein Abenteuer eingelassen. In einer Zeit, die einfacher sein könnte. Es ist turbulent. Nicht nur in den Kommunen, vor allen Dingen auf der großen, weiten Weltbühne. Ukraine, Iran – ja, alles weit weg. Aber alles mit Folgen eben auch bei uns. Bis nach Nordrhein-Westfalen, bis in jede Stadt, in jede Gemeinde.

Auch bei uns gibt es Entwicklungen, die Sorge machen. Gucken wir uns die letzten Landtagswahlen an: Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz.

Immer mehr Menschen wählen extreme politische Kräfte an den Rändern. Ein Warnsignal für die Demokratie. Die nächsten Wahlen stehen bevor: Berlin, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern. Ich bin überzeugt: Eine Antwort auf den Zuwachs politischer Kräfte an den Rändern kann und muss die Stärkung der demokratischen Basis sein. Der kommunalen Ebene.

Vor Ort, in den Städten und Gemeinden, erleben die Menschen, ob unsere Demokratie funktioniert, ob unser Staat handlungsfähig ist. Die Kommunen müssen in der Lage sein, die Probleme und Herausforderungen zu lösen.

Deshalb ist meiner Landesregierung und mir ein zentrales Anliegen: Kommunen in ihrer Handlungsfähigkeit stärken.

Politische Verantwortung zu tragen, fällt zweifelsfrei leichter, wenn die Steuereinnahmen sprudeln. Leider ist es genau andersherum: Die Herausforderungen werden größer, der finanzielle Spielraum auf allen staatlichen Ebenen wird kleiner.

Die öffentlichen Haushalte sind auf allen Ebenen auf Kante genäht. Ich weiß, auf der kommunalen Ebene ist es besonders schwierig.

Das lässt sich an wenigen Zahlen ablesen. Bundesweit ein kommunales Defizit von 32 Milliarden Euro, ein Rekordwert, noch einmal sieben Milliarden Euro mehr als das letzte Rekordjahr 2024. In Nordrhein-Westfalen 9,4 Milliarden Euro.

Im zweiten Jahr hintereinander steigt die Verschuldung mit Liquiditätskrediten wieder an.

Die kommunalen Haushalte stecken in einer echten Krise. Ich versichere Ihnen: Als Landesregierung nehmen wir das sehr, sehr ernst.

Wir müssen, das ist meine feste Überzeugung, das auf zwei Ebenen anpacken: finanzielle Entlastung der Kommunen, aber auch notwendige Veränderungen, um die immer weiteren Kostensteigerungen abzuwenden und Kosten zu reduzieren.

Meiner Landesregierung ist es ein besonderes Anliegen, Kommunen zu entlasten. Ich will Ihnen drei konkrete Punkte nennen.

Erster Punkt: Gemeindefinanzierungsgesetz. Jeder dritte Euro aus dem Landeshaushalt fließt an die Kommunen: 17 Milliarden Euro.

Viele glauben, das sei eine Art Automatismus, eine Art Rechtsanspruch. Allein die Tatsache, dass in den 80er-Jahren der Verbundsatz in mehreren Schritten abgesenkt worden ist, belegt das Gegenteil.

Ich will Ihnen nur einmal sagen, wie das ist. Am gleichen Tag, an dem der Verbundsatz beschlossen wird, wird der Landeshaushalt beschlossen.

Vorher wird lange diskutiert, wie wir die gesellschaftlichen Entwicklungen in unserer

verfassungsmäßigen Zuständigkeit in eine gute Richtung bringen können. Es ist der gleiche Abstimmungsmarathon.

Und natürlich gibt es da Reibungen. Ein Beispiel: Wie machen wir es mit der Sicherheit? Früher war es in Nordrhein-Westfalen ein eisernes Gesetz: im Jahr können nur 1.500 Polizeianwärterinnen und -anwärter eingestellt werden. Mehr schaffen wir nicht auszubilden in diesem Land. Da haben wir gesagt: Das wollen wir mal sehen.

Inzwischen sind wir bei 3.000 Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter im Land, die wir jedes Jahr neu einstellen. Die Zahl der Polizisten steigt endlich wieder.

Wir müssen Antwort geben, in unserer Zuständigkeit, auf die Herausforderungen, die uns gemeinsam begegnen. Das kostet Geld.

Auch beim Thema Schule und Kinder sind die Aufgaben groß. Und jeder weiß: Wenn wir diese Aufgaben nicht anpacken, dann machen die Folgen am Ende vor allem den Kommunen neue Probleme. Deshalb antworten wir als Landesregierung auf die Herausforderungen. Deshalb haben wir 11.000 zusätzliche Kräfte an unseren nordrhein-westfälischen Schulen allein in den letzten sieben Jahren geholt:

Lehrerinnen und Lehrer, Schulsozialarbeiter,
Schulpsychologen auf Lehrerstellen, bezahlt vom
Land.

Wir müssen also Antwort geben in unserer
Zuständigkeit, in dem gleichen Moment, in dem wir
liebend gerne immer noch mehr für die Kommunen
tun würden. Unbenommen, selbstverständlich.

Deswegen nehme ich die Stimmen der Kommunen
natürlich an. Aber wir schieben das Tischtuch eben
auch hin und her, weil es zu kurz ist.

Trotz schwieriger Haushaltslage waren wir da
verlässlich in den letzten Jahren, im Gegensatz zu
früheren Regierungen, die den Verbundsatz gekürzt
haben.

Zweiter Punkt: Nordrhein-Westfalen-Plan für gute
Infrastruktur.

Über den Nordrhein-Westfalen-Plan geben wir 10
Milliarden Euro pauschal an die kommunale Familie.
Weitere Milliarden fließen in Förderprogramme, auf
Wunsch der Kommunen direkt auf die kommunalen
Bedürfnisse zugeschnitten.

Für den Nordrhein-Westfalen-Plan nehmen wir das
Sondervermögen des Bundes und garantieren
darüber hinaus über die Laufzeit des

Sondervermögens unsere Investitionsförderung, sowohl mit Pauschalen als auch mit Förderprogrammen.

Das bedeutet: Nicht von der linken Tasche in die rechte Tasche. Das mag anderswo so gehandhabt werden, das mit dem Sondervermögen Lücken gestopft werden. Ich zeige da nicht mit dem Finger auf andere. Bei uns passiert das nicht.

Wir garantieren die Förderung: fünf Investitionspauschalen allein aus dem GFG. Noch einmal 27 Milliarden Euro garantiert. Wahrscheinlich bei steigenden Steuereinnahmen sogar mehr. In Summe 60 Milliarden Euro, die wir über den Nordrhein-Westfalen-Plan in öffentliche Infrastruktur in den nächsten Jahren investieren: für Kitas, Schulen, Straßen, Schienen, Krankenhäuser, Sportplätze. In erster Linie bei den Kommunen.

Seit Mitte April ist der Pauschalbetrag von zehn Milliarden Euro leicht abrufbar. So schnell wie in keinem anderen Land. Damit es schnell geht, haben wir Bürokratie abgebaut: keine komplizierten Antrags- und Genehmigungsverfahren für diese zehn Milliarden Euro, vereinfachte Vergaberegelungen für die Kommunen.

Bei den Vergaberegelungen komme ich an den EU-Grenzen nicht vorbei. Aber alles, was landesrechtlich ist, fällt weg. Landesrechtliche Wertgrenzen sind weggefallen, die Vergabeart ist viel, viel flexibler, genauso wie die Pflicht zur Anwendung der Unterschwellenvergabeordnung.

So beschleunigen wir Verfahren, machen es Ihnen leichter in den Kommunen, damit das Geld schnell fließt, damit die Bagger vor Ort schnell rollen, damit die Menschen sehen: Dieser Staat ist handlungsfähig, die Kommunen sind handlungsfähig.

Und wir bringen jetzt die Dinge nach und nach auch bei uns im Westen – wo so lange nicht in Infrastruktur investiert worden ist – endlich in Schuss. Damit stärken wir die Kommunen durch verlässliche Investitionen und faire Bedingungen und erhöhen so auch das Vertrauen der Menschen in diesen Staat.

Dritter Punkt: kommunale Altschulden.

Wir haben als erste Landesregierung nach Jahrzehnten das Problem angepackt, in einer Situation, in der es uns überhaupt nicht leichtfällt. Die Schulden, die wir auf unseren Deckel nehmen, finanzieren wir durch Schulden. Das hätte man auch früher schon einmal machen können, in leichteren Zeiten. Es ist nicht getan worden. Ich mache es jetzt.

Wir haben Altschulden in Höhe von fast neun Milliarden Euro inzwischen übernommen. Wir haben übernommen. Nicht: Wir könnten, wir wollten, und es wäre mal schön. Wir haben übernommen. Über 99 Prozent dieser 9 Milliarden Euro der Altschulden sind jetzt auf meinem Schuldendeckel und nicht mehr auf dem Schuldendeckel der Kommunen. Direkte Hilfe für die Kommunen und zusätzliche Luft zum Atmen.

Wir haben immer auch den Bund aufgefordert – und das mache ich auch weiter. Wenn ich meine Hausarbeiten erledigt habe, müssen es andere auch tun. Dann zeige ich auch auf den Bund.

Wir wissen alle, wo das Dilemma herkommt: In den letzten 30 Jahren haben nordrhein-westfälische Kommunen 250 Milliarden Euro Soziallasten gezahlt. 250 Milliarden Euro. Wir haben den Soli gezahlt, den Kommunalsoli für die Freunde in den neuen Ländern. Weil wir deutsche Patrioten sind. Weil wir dazu stehen. Weil die Aufgabe „Wiedervereinigung“ auch unsere Aufgabe ist. Selbstverständlich. Das haben wir alles gemacht. Aber jetzt muss es bitte auch in Ansehung der Lage möglich sein, mit dem Bund darüber zu sprechen, ohne dass man dafür kritisiert wird.

Ich vertrete dabei Ihre Interessen. Mir wird vorgeworfen: Er zeigt auf den Bund. Aber

selbstverständlich. Das ist am Ende auch Konnexität. Es sind die Soziallasten. Und deswegen diskutiere ich mit dem Bund darüber.

Ich finde, die Beteiligung des Bundes bei den Altschulden ist weniger in der Höhe, aber in der Sache wirklich ein richtig guter Schritt.

165 Millionen Euro pro Jahr will ich ausdrücklich anerkennen. Natürlich erwarte ich von jeder kommenden Bundesregierung, dass das nicht nach vier Jahren ausläuft. Unsere Altschuldenregelung hat auch dauerhafte Wirkung. Selbstverständlich. Also wir erwarten, dass das nicht ausläuft. Aber ich will auch anerkennen, dass es jetzt passiert ist, auch weil wir vorangegangen sind.

Und mal Hand aufs Herz: Der eine oder andere in diesem Land, in diesem Saal, hätte sicher nicht geglaubt, dass ein schwarzer Bundeskanzler aus dem Sauerland und ein schwarzer Ministerpräsident aus dem Münsterland genau dieses Thema angehen. Wir haben es getan, und wir bleiben dran, um weitere Wirkung zu erzeugen.

Thema Rettungsdienst, es wurde angesprochen: Der Rettungsdienst hat sich verändert. Der Rettungsdienst ist heute nicht mehr reiner Krankentransport: Sanitäter können und dürfen vor

Ort viel, viel mehr tun. Die Praxis hat sich geändert. Unverändert ist die Rechtslage. Und die Kommunen so in Schwierigkeiten zu bringen, wie es die Krankenkassen jetzt tun: Ich habe das öffentlich kritisiert. Jetzt sind alle Beteiligten in guten Gesprächen miteinander. Das ist gut. Aber eins ist auch klar: Meine Landesregierung ist da sehr klar auf der Seite der kommunalen Familie.

Ich will über ein weiteres Thema reden: Das eine ist das Thema Geld und wer was bezahlt und wie wir das immer kürzer werdende Tischtuch untereinander verteilen. Wir müssen auf der anderen Seite auch über Veränderungen reden, über Reformen.

Wir werden die Herausforderung aller öffentlichen Haushalte nicht damit lösen, dass wir irgendwo noch Geldquellen auftun.

Ich gucke, wie Sie, gelegentlich abends Talkshows, wenn mir nichts Besseres einfällt. Die dollsten Ideen: hier noch was und da noch was, und da eine Steuer und hier eine Steuer. Glaubt irgendjemand, dass wir damit das Problem lösen?

Jetzt haben wir in Deutschland das 500 Milliarden Euro hohe Sondervermögen. Und trotzdem streiten wir immer noch über Geld. Das gibt es doch gar nicht. Wir müssen schon auch über strukturelle

Veränderungen sprechen. Über zwei Dinge besonders: über Standards und über Reformen.

Wir müssen über Standards neu nachdenken. In der Vergangenheit wurden Standards immer weiter nach oben geschraubt, oft verbunden auch mit Rechtsansprüchen, die es früher so nicht gab.

Ich will ein Thema ansprechen, über das wir aktuell diskutieren: das Thema KiBiz. Und eins will ich vorwegschicken: Was wir gemeinsam – Kommunen, Land, Träger – geschafft haben in den letzten 15 Jahren beim Thema Bildung unserer Kinder, frühkindliche Bildung ist wirklich klasse. Da haben wir gemeinsam einfach richtig was geschafft. In den vergangenen 15 Jahren ist ein immenser quantitativer und qualitativer Ausbau gelungen.

Gucken Sie sich heute Öffnungszeiten an. In meiner Kindheit durfte ich vor acht Uhr nicht auftauchen, und um zwölf Uhr war die Betreuung zu Ende. Das ist heute völlig anders. Da hat sich wirklich eine Menge verändert.

25 Prozent mehr betreute Kinder, 80 Prozent mehr Personal und eine Vervierfachung allein der Mittel, die das Land dafür gibt.

Im KiBiz wird aber auch besonders deutlich: Neben dem quantitativen Aufwuchs wurden auch die Standards immer weiter nach oben geschraubt. Mit der Folge, dass das System an seine Grenzen kommt und an Verlässlichkeit verloren hat.

Eine Grippewelle reicht und die ersten Gruppen machen zu. Und nichts ist für Eltern schlimmer, als wenn abends oder noch schlimmer morgens die Nachricht kommt, die Mail oder WhatsApp in der Kita-Gruppe: Könnten Sie sich bitte überlegen, ob Sie Ihr Kind wirklich morgen in die Kita schicken? Dann wird die Verantwortung auch noch auf einen selbst verlagert.

Und das wollen wir ändern. Deshalb wollen wir das KiBiz ändern. Mehr Flexibilität für die Entscheidung vor Ort in den Kitas. Beispielsweise, indem wir zwischen Kern- und Randzeiten unterscheiden und im Ausnahmefall flexibler mit den Gruppengrößen umgehen können.

Damit greifen wir eine Kernforderung der kommunalen Spitzenverbände aus dem Eckpunktepapier von Ende 2023 auf.

Um es deutlich zu sagen: Wir machen das, um die Verlässlichkeit der Betreuung zu verbessern. Nichts ist schlimmer, als wenn die Kita zu ist. Darum geht

es, wenn wir für Flexibilität im Personaleinsatz sorgen wollen.

Das Land bezahlt weiter neun Stunden Kernzeit. Da sparen wir nicht. Nicht einen Cent. Wir zahlen weiter neun Stunden Kernzeit. Aber wenn es irgendjemand mit dem Personal nicht hinkriegt, dann soll eben auch weniger gehen. Bevor man sagt: Ich schaffe die neun Stunden nicht, jetzt muss ich die Gruppe ganz abmelden.

Und darum geht es mir: Verlässlichkeit zu gewährleisten für die Familien, für die Eltern, die die Betreuung brauchen. Und das Beispiel, wenn ich das sagen darf, ist eins zu eins eine Forderung der kommunalen Spitzenverbände.

Vielleicht könnte man gelegentlich denen, die dafür im Wind stehen, den Rücken stärken. Denn der Applaus ist bisher überschaubar. Also, wenn ich tue, was Sie sagen, dann stellen Sie sich gerne an meine Seite. Da ist immer ein bisschen Platz.

Der gleiche Grundgedanke trägt mich beim Thema OGS. Da wird von einigen ein Gesetz gefordert. Ein Gesetz zum Thema „Offener Ganztag“ führt automatisch zur Setzung von Standards. Standards, zu denen bisher laufende, von den Kommunen mit

viel Aufwand eingerichtete OGS-Gruppen nicht mehr passen.

Wir haben dazugelernt. Ein Gesetz habe ich ursprünglich auch einmal für eine gute Idee gehalten. Da ist der Jurist in mir durchgegangen. Aber, nein, das machen wir jetzt nicht. Ich mache nicht wieder ein Gesetz mit hohen Standards, das am Ende Ihre Arbeit, die Arbeit vor Ort zur Einrichtung von OGS-Gruppen, mit Füßen tritt.

Ich bin dankbar dafür, in welcher Dynamik wir den Ausbau hinbekommen haben – in keinen leichten Zeiten. Das will ich mit Standardsetzung nicht kaputt machen und deswegen machen wir kein Gesetz.

Wir stehen an der Seite der Kommunen für pragmatische Lösungen, die man auch erfüllen kann. Ich fordere weniger Standards. Dann darf ich nicht selber wieder Standards setzen.

Ich bin überzeugt: Nur mit mutigen Reformen können wir Kommunen dauerhaft entlasten.

Damit komme ich zum Thema Reformen. Auf Landesebene sind wir wichtige Dinge angegangen, wir haben auf Steuerung verzichtet. Ich habe eben etwas zu dem Thema Ausschreibungen gesagt. Wir brauchen dringend weitere Reformen,

auch Reformen auf Bundesebene, auch im sozialen Bereich.

Es ist richtig, dass die Kommunen auch in Nordrhein-Westfalen große Teile ihrer Schuldenlast genau deshalb haben, weil die Mittel nicht mit den Soziallasten gestiegen sind.

Die Sozialausgaben der Kommunen steigen rasant: 2024 im Vergleich zum Vorjahr plus zwölf Prozent, 2025 noch einmal plus vier Prozent. Besonders stark gestiegen sind die Mittel in der Sozial- und Eingliederungshilfe und in der Kinder- und Jugendhilfe. Jeder kennt die Fälle, jeder kennt die Zusammenhänge, jeder kennt auch die Punkte, an denen man ansetzen könnte. Weiter solidarisch bleiben, weiter gute Hilfe leisten, aber Kosten signifikant reduzieren. Das sind alles Leistungen aus dem Sozialgesetzbuch ohne ausreichende Gegenfinanzierung.

Es ist schlicht nicht in Ordnung. Kommunen haben immer mehr Aufgaben übertragen bekommen, immer mehr Zuständigkeiten, und bezahlen sollen sie es auch noch. Das ist nicht richtig.

Diese ganzen Ausgaben sind der Kern der defizitären Finanzlage.

Deshalb müssen wir in Deutschland an das Thema ran.

Daraus folgen für mich zwei klare Forderungen: Der Bund muss die Kommunen spürbar bei den Sozialausgaben entlasten. Und wir drängen darauf, dass die Ergebnisse der Sozialstaatskommission auch umgesetzt werden: Einheitliche Sozialleistungssysteme, einheitliche Behördenstruktur, Kompensation – darüber muss gesprochen werden.

Damit kommen wir zu dem Thema Veranlassungskonnexität.

Die Berliner sind gelegentlich genervt davon. Wer bestellt, bezahlt, ist aber ein ziemlich einfaches und gutes Prinzip. Ich höre manch kluge Sätze, warum das alles nicht geht. Aber ich bleibe da dran, und ich stehe da auch selber zu. Ich kann mich nicht hinstellen und das fordern, es selber aber nicht leisten.

Bei den ABC-Klassen machen wir das so. Was ich nicht mache, ist, um Kosten zu vermeiden, von der Idee abzulassen. Ich halte mein Wort. Wir übernehmen diese Kosten als Land.

Die Situation vieler Kinder in diesem Land ist immer schwieriger. Immer weniger Kinder haben Unterstützung von ihren Eltern, aus welchen Gründen auch immer.

Und ich mache auch keinen Unterschied zwischen Kindern, die hier geboren sind, erster, zweiter, dritter Migrantengeneration, oder den 60.000 Kindern, die in den letzten Jahren aus der Ukraine hergekommen sind, die in der Schulpflicht sind.

Das sind alles Kinder, die unsere Unterstützung brauchen. Viele dieser Kinder werden länger dableiben, als es jetzt vielleicht der Wunsch der Familie ist. Das sind alles unsere Kinder, alles unsere Zukunft.

Deshalb ist für mich völlig klar: Wir müssen besser werden. Wenn die Kinder in die Grundschule kommen, müssen sie Deutsch können. Jedes Kind, das in die Grundschule kommt, muss die Lehrerinnen und Lehrer verstehen. Wir dürfen den Lehrerinnen und Lehrern die Problematik nicht unvorbereitet vor die Füße kippen.

Da kommen Aufgaben auf uns zu. Auf uns heißt auch auf Sie. Aber ich habe immer gesagt: Konnexität gilt. Ich fordere sie vom Bund. Dann lasse ich sie auch gegen mich gelten. Das Konnexitätsverfahren ist in

der vorletzten Kabinettsitzung ausgelöst worden.
Wir bezahlen das, weil es hilft.

Wir müssen beim Bund bitte an der Stelle
gemeinsam vortragen.

Wir haben gute Gespräche gehabt: mit den
Ministerpräsidenten, den kommunalen
Spitzenverbänden. Es geht dann immer um vieles.
Und dann ist Konnexität so ein rechtstechnisches
Thema. Ich glaube, wir können das durchsetzen. Ich
glaube, wir können das gemeinsam durchsetzen. Wir
sind mit sehr vielen Ministerpräsidenten unterwegs
und mit nahezu allen Kommunen. Aber wir müssen
das Thema gemeinsam vortragen, gemeinsam Druck
machen. Lassen Sie uns bei dem Thema an einem
Strang ziehen und nicht locker lassen. Dann schaffen
wir das.

Und das wird Politik in Deutschland signifikant
verändern, zum Wohle der Kommunen, insbesondere
in Nordrhein-Westfalen.

Herr Präsident, verehrtes Präsidium, meine sehr
verehrten Damen und Herren!

Die Lage ist kompliziert. Es wird aber nicht besser,
wenn jeder auf seiner Position beharrt. Deswegen ist
mir der vertrauensvolle Austausch zwischen der

kommunalen Familie und der Landesregierung auch ein persönliches Anliegen.

Ich bin überzeugt, dass aus der Perspektive der Bürgerinnen und Bürger wir alle der Staat sind: Bund, Länder, Kommunen. Wir sind am Ende eine Verantwortungsgemeinschaft. Jeder hat laut unserer Verfassung besondere Aufgaben, und zu wenig Kohle haben wir alle.

Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass der Laden läuft, dass die Menschen einen Staat erleben, der vielleicht etwas weniger verspricht, dafür wieder mehr von dem hält, was die Menschen im normalen Leben brauchen.

Für die anstehenden Wahlen heute wünsche ich Ihnen kluge Entscheidungen.

Und ich danke dem bisherigen Präsidium, dass Sie diese schwierige Arbeit für die gesamte kommunale Familie, für die Städte und Gemeinden in diesem Land gemacht haben. Vielen herzlichen Dank für diese Arbeit, für das vertrauensvolle Miteinander.

Einig kann man sich nicht immer sein. Aber die Art und Weise, wie wir es miteinander aushandeln, ist gut. Es ist eine gute, eine vertrauensvolle Zusammenarbeit. Und dafür will ich herzlich danken.

Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit dem neuen Präsidium. Die Probleme werden uns nicht ausgehen, aber im ordentlichen Miteinander werden wir sie lösen. Stück für Stück.

Vielen herzlichen Dank.